

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

69. Sitzung
18. März 2021

Beginn: 15.01 Uhr
Schluss: 18.16 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Sie stellt diesbezüglich das Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter. Die Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass für die aufgrund der aktuellen Situation verabredungsgemäß nicht im Sitzungssaal anwesenden Ausschussmitglieder gemäß der Genehmigung des Präsidenten die Möglichkeit geschaffen wurde, sich per Video- bzw. Tonstream an der Sitzung zu beteiligen. Von der Möglichkeit der Teilnahme machen Herr Abg. Czaja (CDU), Frau Abg. Brychcy (LINKE), Herr Abg. Taş (LINKE), Frau Abg. Tomiak (GRÜNE) und Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) Gebrauch.
- Auf Antrag von Herrn Abg. Stettner (CDU) beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, Die Linke, AfD und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Punkt 2 c) der Tagesordnung als neuen Punkt 4 der Tagesordnung zu behandeln. Die bisherigen Punkte 4 und 5 werden zu den neuen Punkten 5 und 6 der Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Wie unterstützt der Senat das Anliegen des Landesschülerausschusses, Schüler*innen Räumlichkeiten außerhalb des häuslichen Umfeldes zum Lernen zur Verfügung zu stellen?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Am 12. März hat die Senatsverwaltung Elterninformationen zu ergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, die ein erhöhtes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf bei einer CoViD-19-Erkrankung haben oder die aufgrund einer nahestehenden Person mit erhöhtem Risiko nicht am normalen Kita-Betrieb teilnehmen können, versendet. Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat, welche Erkenntnisse ihm zur tatsächlichen Zahl dieser „Risikokinder“, die selbst gefährdet sind oder als Kontaktperson von verletzlichen Familienangehörigen nicht am Kita-Betrieb teilnehmen sollten, vorliegen?“
(Fraktion der FDP)

Mündlich werden keine Fragen gestellt.

Nachdem Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantwortet hat, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab. Die Frage der Fraktion der FDP wird von Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) unter Punkt 2 der Tagesordnung beantwortet.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) und Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) berichten und beantworten in diesem Zusammenhang Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0328](#)
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0426](#)
Welche unterstützenden Maßnahmen und Strategien
plant der Senat aufgrund der Corona-Pandemie für
die Schulen in diesem und dem darauffolgenden
Schuljahr
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 b) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) und Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) nehmen einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam), Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) und Herr Blume (SenBildJugFam) erneut Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, wird die Besprechung zu Punkt 2 a) der Tagesordnung einvernehmlich auf die nächste Sitzung vertagt und die Besprechung zu Punkt 2 b) der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0290](#)
Verpflichtende Sprachförderung nach § 55
Schulgesetz: Probleme und Lösungsansätze, um dem
Anspruch der Kinder besser gerecht zu werden
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Kühnemann-Grunow (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Roland Kern, Mitgliedervertretung, Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) e.V.,
- Herr Oliver Schworck, Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin,
- Frau Dr. Jana Sommerfeld, Pädagogische Koordinatorin, Pankower Früchtchen gGmbH,
- Frau Dorothee Thielen, Referentin Kinder und Kindertagesstätten, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V.

Herr Kern und Frau Dr. Sommerfeld sind zur Sitzung digital zugeschaltet.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 3 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1953

**Einführung einer verpflichtenden Sommerschule für
Berlins Schülerinnen und Schüler mit ungenügenden
Deutschkenntnissen – das Berliner Schulsystem
reformieren**

[0258](#)
BildJugFam(f)
IntArbSoz*

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vor. Dieser Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „1. September 2021“ abzulehnen.

Herr Abg. Stettner (CDU) begründet den Antrag und beantragt, das Berichtsdatum „30. September 2019“ zu aktualisieren und durch das Datum des „1. September 2021“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/1953 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP auch mit geändertem Berichtsdatum „1. September 2021“ abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2233
Jugend und Verkehrssicherheit –
Jugendverkehrsschulen stärken | <u>0268</u>
BildJugFam(f)
UmVerk*
Haupt |
| b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3357
Jugendverkehrsschulen dauerhaft sichern,
konzeptionell weiterentwickeln und ihre
Arbeitsfähigkeit gewährleisten | <u>0410</u>
BildJugFam(f)
UmVerk* |

Zu den Punkten 5 a) und 5 b) der Tagesordnung liegt dem Ausschuss jeweils eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vor. Dieser Ausschuss empfiehlt zu Punkt 5 a) der Tagesordnung mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2021“ abzulehnen. Zu Punkt 5 b) der Tagesordnung empfiehlt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag anzunehmen.

Herr Abg. Stettner (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 5 a) der Tagesordnung und beantragt, das Berichtsdatum „31. Dezember 2019“ zu aktualisieren und durch das Datum des „30. Juni 2021“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet den Antrag zu Punkt 5 b) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 5 a):

Der Antrag – Drucksache 18/2233 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2021“ abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Zu Punkt 5 b):

Der Antrag – Drucksache 18/3357 – wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (70.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 15. April 2021, um 15.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck